FDP| 31.10.2015 - 12:45

LINDNER-Interview: Die Bundesregierung muss ihre Flüchtlingspolitik korrigieren

Berlin. Der FDP-Bundesvorsitzende CHRISTIAN LINDNER gab der „Ostfriesen-Zeitung“ (Samstag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten ANDREAS HERHOLZ:

Frage: Die Parteichefs von Union und SPD treffen sich zu Flüchtlings-Krisengipfeln. Was erwarten Sie von diesen Gesprächen?

LINDNER: Die schwarzrote Bundesregierung muss ihre bisherige Flüchtlingspolitik dringend korrigieren. [illegible] Einwanderungsgesetz.

Frage: Zerbricht die Große Koalition an der Flüchtlingskrise?

LINDNER: Mit Neuwahlen ist nicht zu rechnen, auch wenn wir sie nicht fürchten. Sowohl die Union als [illegible] dann eine falsche.

Frage: CSU-Chef Seehofer droht damit, dass Bayern eigenständig reagieren werde, sollte die Bundesregierung nicht handeln.

LINDNER: Ich erwarte, dass Horst Seehofer wieder von der Palme klettert und Bayern nicht [illegible] deutsch-österreichisches Grenze errichten, würde uns das um Jahrzehnte zurückwerfen – aber die deutsche Regierung verliert sich im Binnenstreit.

Frage: Was fordert die FDP konkret zur Bewältigung der Krise?

LINDNER: Wir brauchen eine umfassende Änderung des Ausländer- und Aufenthaltsgesetzes, die von [illegible] zudem eine noch aktivere Rolle im Nahen und Mittleren Osten übernehmen, um die Lage in den Krisenregionen und den Nachbarländern zu stabilisieren.

Frage: Der Winter naht. Droht jetzt eine humanitäre Katastrophe?

LINDNER: In der Bundesregierung weiß eine Hand nicht, was die andere tut. Der Flüchtlingskoordinator [illegible] Meinung, dass es so nicht weitergehen kann.

Frage: Schon wird das Ziel der Schwarzen Null, eines Bundeshaushaltes ohne neue Schulden, wieder in Frage gestellt. Wäre das angesichts der Flüchtlingskrise akzeptabel?

LINDNER: Die deutsche Wirtschaft ist gegenwärtig stark, die Steuereinnahmen sind hoch und die [illegible] Haushaltes umschichten. Die Schwarze Null darf jetzt nicht in Frage gestellt werden.

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/lindner-interview-die-bundesregierung-muss-ihre-fluechtlingspolitik-korrigieren